

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1907

88 (16.4.1907)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Angebote täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. —
Abonnementpreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf.,
vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich
60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Preisträger
ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Kaiserstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postfach: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate
billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von In-
seraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen
tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden
der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 88.

Karlsruhe, Dienstag den 16. April 1907.

27. Jahrgang.

Die Stadt Karlsruhe als Arbeitgeberin.

In seiner letzten Sitzung hat der Karlsruher Stadtrat sich mit den beiden Artikeln des Volksfreunds in Nr. 81 und 82 beschäftigt und eine ausführliche Entgegnung beschlossen. Dem Grundsatze der Veröffentlichung gelangte. Dem Grundsatze folgend: „Eines Mannes Rede ist keine Rede, man muß sie hören alle beide“, lassen wir den Stadtrat, soweit er unsere Angaben berichtigt, hier zu Wort kommen.

Es heißt in dem Bericht des Stadtrats zunächst:

Nachdem der Stadtrat beschlossen und bekannt gegeben hatte (Sitzungsbericht vom 21. März d. J.) daß er in den Veranschlag für 1907 die Summe von 120 000 M. für außerordentliche Zulagen an einen Teil der städtischen Beamten und zur Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter mit Wirkung vom 1. Januar 1907 an eingestellt habe und daß spätestens mit Wirkung vom 1. Januar 1908 eine Revision des Beamten- und des Arbeiterstatutis stattfinden solle, wurde von Sozialdemokratischer Seite eine öffentliche Versammlung städtischer Arbeiter einberufen mit Kantabstimmungsordnung und Stadtvorstand als von hier und Gausleiter Hermann aus Mannheim als Referenten über die Angelegenheit. Die Lage der städtischen Arbeiter und die Position des Gemeindefachvertrages an den Stadtrat. In der Einladung zu dieser Versammlung war behauptet, daß trotz der vom Stadtrat beschlossenen Lohnzulagen Karlsruhe die schlechtesten Löhne in ganz Baden habe. Auf gleich niedriger Stufe stehe auch die sozialpolitische Fürsorge, die weit hinter dem zurückbleibe, was die übrigen süddeutschen Städte dem Arbeiter gewähren.

Darumhin hat der Stadtrat den städtischen Arbeitern durch die Betriebsvorstände eröffnen lassen, daß diese Behauptungen unrichtig sind und daß er eine Petition, die auf dem Wege der Agitation mit solchen Behauptungen zulande kommen sollte, nicht in Beratung ziehen werde.

Annahme hat der Volksfreund jene unrichtigen Behauptungen wiederholt und in zwei Beilagen zu Beweisen versucht.

Wir wollen hier zunächst bemerken, daß die Behauptung, die Verammlung der städtischen Arbeiter sei von sozialdemokratischer Seite einberufen worden, unrichtig ist, vielmehr hat der Gemeindefachvertragsverband, der mit der sozialdemokratischen Partei so wenig identisch ist, als der Verein der städtischen Beamten, die Verammlung einberufen. Stadtvorstand Kolb wurde, nachdem er zuvor gebeten hatte, von seiner Person als Mitreferent abzulehnen, da Gausleiter Hermann allein und auf Grund seiner Stellung viel eher in der Lage sei, ein den Wünschen der städtischen Arbeiter entsprechendes Referat zu erteilen, dringend aufgefordert, in der Verammlung zu sprechen. Das hat Kolb dann auch getan.

Es heißt dann in der Entgegnung des Stadtrats weiter:

Zu diesem Zweck werden die Karlsruher Löhne nach einer Statistik vom 1. März 1906 mit den gegenwärtigen Stand der Löhne in Mannheim und Heidelberg verglichen und behauptet, daß nach jener Statistik hier 500 Arbeiter 3.10 M. und weniger, und noch 270 Arbeiter unter 3 M. Lohn bezogen. Es würden hier regelmäßig Löhne von 2.50 M., 2.00 M., 2.70 M. und 2.80 M. bezahlt. Nun sind die angeführten Zahlen schon infolgedessen unrichtig, als nach jener Statistik von 1906 nicht 500, sondern nur 460 Arbeiter, — darunter 30 Pfaffen und jugendliche Arbeiter — unter 3 M. bezogen, und mit weniger als 3 M. nicht 270 Arbeiter, sondern nach Abzug der Pfaffen und nicht vollqualifizierten Arbeiter nur 231 — und nur ungelernete Arbeiter — entlohnt wurden. Sondern aber muß es ge-

radegu bewußte Irreführung bezeichnet werden, daß zum Vergleich mit dem neuesten Stand der Löhne in anderen Städten die Karlsruher Lohnstatistik vom März 1906 herangezogen wird, obwohl, was dem Volksfreund bekannt sein muß, noch im Jahre 1906 eine außerordentliche Lohnerhöhung eingetreten ist und eine weitere außerordentliche Lohnerhöhung vom Stadtrat mit Rückwirkung auf den 1. Januar 1907 bereits bewilligt ist.

Wir weisen den Vorwurf der bewußten Irreführung mit aller Entschiedenheit zurück. Mit demselben Grunde könnten wir sagen, daß der Bericht des Stadtrats eine bewußte Unwahrheit enthalte, wenn behauptet wird, die Verammlung sei von sozialdemokratischer Seite einberufen worden. So lange das Gegenteil nicht bewiesen ist, nimmt man in solchen Fällen an, daß bona fides gehandelt wurde. In der Tat stützen sich unsere beiden Artikel auch auf das Referat des Gausleiters Hermann, der seinen Ausführungen und Vergleichen die Lohnstatistik vom 1. März v. J. zugrunde legte. Durch die Ausführungen und die Statistik des Stadtrats wird nun allerdings festgestellt, daß mittlerweile zwei Lohnerhöhungen erfolgt sind, die über die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter Karlsruhes ein anderes Bild geben, als es aufgrund der Statistik in unsern Artikeln dargelegt ist. Selbstverständlich erfahren dadurch auch unsere bezüglichen Schlussfolgerungen eine entsprechende Korrektur. Daß die Löhne tatsächlich bessere sind, konstatieren wir mit Beugung, und wir würden uns nur freuen, wenn sie — was wir im Augenblick nicht kontrollieren können, — höhere wären, als in den anderen Städten Badens.

Der Bericht des Stadtrats stellt dann ferner fest, daß, da der ortsübliche Tagelohn 3 M. beträgt, und laut Arbeiterstatut an städtische Arbeiter keine unter dem ortsüblichen Tagelohn stehenden Löhne bezahlt werden dürfen, tatsächlich auch in Karlsruhe ein Minimumlohn für städtische Arbeiter in Höhe von 3 M. existiert. Ferner wird festgestellt, daß nach dem Stand am 1. März d. J. von 574 vollwertigen ungelerten Arbeitern an Lohn bezogen haben:

3 M.	137
3 — 10 Pf. und mehr	497
3 — 20	890
4 — und mehr	55

Daß mit diesen Löhnen, die also teilweise höher sind, als wir angenommen haben, kein wirklich menschwürdiges Leben geführt werden kann, liegt auf der Hand. Einer der städtischen Arbeiter hat in der Verammlung darüber ein geradezu schlagendes Bild dargelegt. Er verdient 3 M. pro Tag, 55 Pf. braucht er für das Frühstück (Weißbrot, Milch etc.), 40 Pf. für Frühstück und Wasser (das reicht nicht einmal zu einer Wurst und zu einem Glas Bier, das Brot muß er mitbringen), 20 Pf. täglich für Brennmaterialien, 70 Pf. für den Gaszins (das ist sehr wenig), macht 1,85 M. pro Tag; bleiben also noch 1,15 M. für Mittag- und Abendbrot, Kleider, Schuhe und alles, was die Familie sonst noch bedarf. Die Arbeiter, die mit solchen Löhnen sich ehrlich durchs Leben schlagen, sind wahre Hunger- und Finanzkünstler. Darüber ist auch mit der neuesten Statistik des Stadtrats nicht hinwegzukommen. Und daraus allein kommt es bei den Arbeitern an, denn die können sich an der Relativität der Lohnhöhe nicht satt essen.

Hinsichtlich der gelerten Arbeiter bemerkt die Entgegnung des Stadtrats:

Die große Mehrzahl der gelerten Arbeiter, von denen übrigens in Karlsruhe ein großer Teil jetzt schon nach dem Beamtenstatut mit festem Gehalt ausgestattet ist, bezieht Löhne zwischen 3 M. 50 Pf. und

4 M. 50 Pf. Dabei ist die auf 1. April fällige regelmäßige Lohnaufbesserung nicht berücksichtigt und es ist auch die außerordentliche, am 1. Januar 1907 rückwirkende Lohnerhöhung außer acht gelassen.

Es wird sodann auf die Jahresbelohnungen abgekommen, durch welche 455 Arbeiter 80—150 M. Jahresprämie erhalten. Was wir darüber denken, brauchen wir nicht zu wiederholen. Mit Recht verlangen die Arbeiter, daß man ihre Arbeitskraft so entlohnt, wie es sich gehört, dann braucht man keine Belohnungen. Die haben stets etwas ungewisses und obendrein einen sehr unangenehmen Beigeschmack.

Mannheim ist hinsichtlich der Lohnzahlung Karlsruhe voraus, ob das auf Freiburg und Heidelberg ebenfalls zutrifft, können wir augenblicklich nicht kontrollieren. Inbezug auf die Bezahlung der Sonn- und Feiertage wird darauf abgekommen, daß Karlsruhe für Sonntagsarbeit doppelt den Lohn bezahle, was sich nur gehört und womit die Frage der Bezahlung der Sonn- und Feiertage nicht erledigt ist.

Hinsichtlich der sozialen Fürsorge wird gegenüber den Ausführungen in unsern Artikeln in der städtischen Entgegnung bemerkt:

Nun ist zunächst hervorzuheben, daß Karlsruhe die erste deutsche Stadt war, welche (1893) eine umfassende Ordnung der Anstaltungsverhältnisse ihrer Arbeiter vorgenommen und dabei auch die Gewährung von Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung nach dem Vorbild des Beamtenstatutis eingeführt hat. Zahlreiche Städte haben dieses Vorgehen von Karlsruhe selbst nachgeahmt und es mag sein, daß dabei einzelne über das von Karlsruhe gewählte hinausgegangen sind. Ein großer Vorteil für die Karlsruher Arbeiter liegt aber schon darin, daß sie der betreffenden Fürsorge schon länger teilhaftig sind als andere. Das trifft nur auf den kleinsten Teil der Arbeiter zu. (Red. des Volksfr.)

Sehr beachtenswert für die Auffassung über die Rechte der Arbeiter und über die charakteristisch folgenden Auslassungen in der Entgegnung des Stadtrats:

Die Karlsruher Arbeiterfürsorge wird dadurch keineswegs minderwertig, daß nicht alle Arbeiter das aktive und passive Wahlrecht für die Arbeiterauswahlen haben.

Es ist doch durchaus sachgemäß, wenn die Wahrung der gemeinsamen Interessen der städtischen Arbeiter in erster Linie ihren Erfahrungen und einigemmaßen gereifteren Elementen, nicht aber den jüngsten und fluktuierenden Teilen anvertraut wird. Das damit allerdings zugleich der Einfluß der parteipolitischen Agitation etwas eingeschränkt wird, mag ja den agitatorischen Kreisen unerwünscht sein, kann aber der Arbeiterheit nicht zum Nachteil gereichen. Entschieden zurückzuweisen ist aber auch die Behauptung der Arbeiterauswahlen, als ob sie sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt oder gar durch Furcht vor persönlicher Venachlässigung von der Erfüllung ihrer Pflichten abstrahieren lassen hätten.

Da haben wir also wieder. Die absolut ungegründete weitgehende Behauptung des Wahlrechts und der Wahlbarkeit gilt also in Wirklichkeit den „agitatorischen Kreisen“, d. h. den wahren und wirklichen Vertrauensleuten der Arbeiter. Als ob es der Vorlesung des Stadtrats bedürfe, damit die Arbeiter die ihnen am geeignetsten denkenden Kollegen mit der Vertretung ihrer Interessen in der Arbeiterauswahl beauftragen und als ob die „parteiliche Agitation“ dabei irgendwelche Rolle spiele. Der Karlsruher Stadtrat sieht an hellen Lichtern Tage „parteiliche“ Gespenster, sobald die Arbeiter nur Miene machen, die städtische Behörde um die Handlung der Parteifreiheit zu werben. Ueberall, wo die städtischen Arbeiter ihre Selbständigkeit zum Ausdruck bringen, be-

mutet man auf dem Karlsruher Rathaus „sozialdemokratische Umsturzbestrebungen und Parteipolitik“. Das ist nichts neues, diese Gespensterfurcht spielt schon seit Jahren eine Rolle.

Wenn man in den „agitatorischen Kreisen“ zu der Karlsruher Stadtverwaltung im allgemeinen und in Arbeiterfragen im besonderen nicht das gewünschte Vertrauen hat, so soll man sich doch darüber nicht wundern. Bis zur Stunde hat die sozialdemokratische Partei, obwohl die weitaus stärkste, noch keine Vertretung im Stadtrat, ja noch nicht einmal eine solche im Stadtverordnetenrat. So lange diese schreiende Ungerechtigkeit besteht, haben wir keinen Anlaß, den Herrschaften, die das städtische Regiment in Händen haben, ein Vertrauen entgegenzubringen, wie man es andernfalls tun könnte. Wer solcher Weise, wie es hier geschieht, die Arbeiterpartei und ihre Vertretung behandelt, braucht sich nicht darüber zu wundern, wenn ihm von dieser Seite kein Vertrauen hinsichtlich der Gerechtigkeit entgegengebracht wird.

Zum Schluß stellt dann der Stadtratsbericht eine baldige Revision des Arbeiterstatutis in Aussicht, was wir nur begrüßen können. Wenn dann noch behauptet wird, es seien bis jetzt noch keine irrenden Schritte gegen den Gemeindefachvertragsverband unternommen worden, so ist das nur bedingt zutreffend. Direkt ist vom Stadtrat allerdings gegen den Gemeindefachvertragsverband noch nichts unternommen worden, aber indirekt hat man ihn oft genug bekämpft. Der Stadtratsbericht:

„Dagegen wird der Stadt, wie bisher, so auch künftighin gegen jede Verletzung der Gemeindefachvertrags und des Mißbrauchs ihrer Organisation zu parteipolitischen Zwecken sowie gegen die von gesetzlicher Seite systematisch betriebene Untergrabung des im Interesse der Stadtverwaltung wie der städtischen Arbeiter liegenden gegenseitigen Vertrauensverhältnisses durch Agitation mit unrichtigen Behauptungen mit aller Entschiedenheit vorgehen.“

belegt in dieser Beziehung mehr als genug. Das ist die Präzisierung des ausgesprochenen Scharfmacherstandpunkts. Auch die Scharfmacher leben jede Agitation zugunsten der gewerkschaftlichen Organisation als eine „Verletzung ihrer Arbeiter“ an und als eine Verletzung im Interesse der Sozialdemokratie unternommene Arbeit. Als „Mißbrauch“ des Organisationsrechts wird es betrachtet, wenn die Arbeiter selbständige Organisationen gründen.

Wir protestieren gegen die unrichtige Behauptung, als sei von unserer Seite das Vertrauen der Arbeiter zu der Stadtverwaltung systematisch untergraben worden. Das geschieht von ganz anderer Seite. Genosse Kolb hat seit Jahren zum erstenmal wieder in einer Gemeindefachvertragsversammlung gesprochen, im ganzen überhaupt nur zweimal; das erstmal über die Schädigungen des Organisationsrechts wird es betrachtet, wenn die Arbeiter selbständige Organisationen gründen.

Wir bleiben also dabei, daß man auf dem Rathaus von der selbständigen Organisation der städtischen Arbeiter nichts wissen will und ihr lieber heute als morgen den Untergang wünscht. Daraus allein resultieren die Konflikte, für die man uns die Schuld in die Schuhe schieben möchte. Wir werden uns aber nicht einschüchtern lassen und wie bisher so auch künftig für die ungehinderte Koalitionsfreiheit der städtischen Arbeiter kämpfen. Diese Freiheit ist mehr wert, als alle Belohnungen und

Mutterfreuden.

Roman von S. Saloman.

(12.) (Ausz. d. 2. H.)

(Fortsetzung.)

„Mein Land“, rief der Bauer Jürgens dabei mit drohender Stimme aus, indem die beiden Hände mit furchtbarem Gewalt auf die Tischplatte schlugen, „das gehört mir, mir allein! Und wenn selbst der Kaiser daher käme und was davon forderte, ich gäbe ihm nicht! Auf dem Sterbeteisch von meinem seligen Vater, da hab ich ihm geschworen, daß der Hof so bleibt wie er ist. Wenn ich ein Stück Land dazu erwirb, so ist's befreit! Aber nimmer darf ich das kleinste Stück vom Hof lassen. So hab ich geschworen, und so halt ich's! — So, nun wissens, Herr Landrat!“

Eine dröhnende Stille herrschte nach dieser Rede des Bauern. Selbst dem Grafen war es etwas unheimlich geworden. Eine solche strikte Ablehnung seitens eines Bauern hatte er doch nicht erwartet. Hier galt es jetzt, seine Autorität diesem Manne gegenüber zu beweisen. Deshalb erwiderte er stirnwendig:

„Hört mal, Jürgens, Ihr scheint wohl vergessen zu haben, wer ich bin. Ich bin Euer Vorgesetzter hier und vertrete die Regierung. Ihr scheint von unsern Befehlen sehr wenig Ahnung zu haben, denn sonst könntet Ihr nicht solche Reden führen. Ich hoffe, daß Ihr Euch noch recht bald eines besseren bekennt.“

Dabei reckte er seine hohe, hagere Gestalt empor, um so dem Bauern noch mehr zu imponieren. Darin aber hatte er sich gewaltig geirrt, denn wenn er gehofft hatte, dem Bauern etwas Bedeutsames einflößen zu können, so mußte er zu seinem Schrecken sehen, daß er gerade das Gegenteil heraufbeschwört hatte.

Dunkelrot im Gesicht, die kleinen Augen wie im Blut unterlaufen, so erhob sich jetzt der Bauer von seinem Sitz.

„Schwams mal an, Herr Landrat“, rief er mit ver-

haltenem Spott. „Schulmeistern möchtens mich noch! Na nee, so dumm sind wir denn doch auch nicht. Es ist gar noch nicht so lange her, wo uns der Herr Landrat sagte, daß dem Bauer sein Land für immer und ewig erhalten bleiben muß. Dafür würde schon unsere Regierung sorgen; denn hat der Bauer Geld, da hats die ganze Welt. Jetzt heißt es auf einmal: erst kommt die Industrie, dann kommt sie nochmal und dann kommt erst der Bauer. Aber freilich, Herr Landrat“, rief er mit giftigem Blick diesem zu, „wenn man so'n lieben Schwiegerlohn als Besitzer von der Zunderfabrik hat, dem die Bahn so recht munter geht, da kann man sich schon ins Zeug legen. O ja, Herr Graf!“

Bei dieser plötzlichen Anschuldigung wechselte der Landrat jäh die Farbe. Doch rasch hatte er sich gefaßt und rief dem Bauer drohend zu:

„Jürgens, Jürgens! Wartet Eure Junge! Meine Familienangelegenheiten haben gar nichts mit der Sache zu tun und gehen Euch nichts an. — Weil Ihr aber meint, im Recht zu sein und darauf pocht, so will ich Euch bald beweisen, daß Ihr Euch in einem grenzenlosen Irrtum befindet. Ihr wollt den Kampf! Nun gut. Ihr sollt ihn haben!“

„Schon recht, Herr Landrat“, höhnte der Bauer. „Wollen sehen, ob's noch eine Gerechtigkeit in unserm Lande gibt. Wollt das eine sag ich schon heut, wer es wagt, meinen Grund und Boden ohne meinen Willen zu betreten, dem, Herr Graf, geht's schlecht! — Und gibts ein Unglück, dann, Herr Landrat, find Sie mit dran schuldig! — So, das ist mein letztes Wort, und nun tut, was Ihr wollt. Ich geh!“

Damit nahm er seinen Hut und Stod, und verließ, gefolgt von seinen Freunden, mit kurzem Gruß das Zimmer.

Die zurückbleibenden Ratsmitglieder sahen sich nach diesem unerwarteten Austritt gegenseitig hilflos an. Einen solchen Ausgang in dieser Sache hatten sie nicht erwartet und konnte auch keinem erwünscht sein. Denn Hof und Zunderfabrik wolle sie in ihrer Gemeinde auf keinen Fall haben. Wisbar war immer jeder Paß und Streit ganz gemächlich geschlichtet worden. So etwas aber wie heute war denn doch

nicht dagewesen. Sie kannten den Bauer Jürgens nur zu gut und wußten auch, wenn es zum Aussehen kam, es sehr wahrscheinlich ein Unglück im Dorfe geben würde.

Solche und ähnliche Gedanken beschäftigten die verdutzt dreinblickenden Ratsglieder, und als ob der Landrat diese Gedanken errate, brach er entschlossen das dumpfe Schweigen.

„Solch ein unbändiger Trotz muß auf jeden Fall gebrochen werden“, rief er patetisch aus. „Wo würde denn das hinführen, wenn jeder tun und lassen wollte, wie er das gerade für sich wünschte. Ihr seid ja noch immer hier in der Mehrheit vertreten und deshalb frage ich euch, ob ihr gelassen seid, das Enteignungsverfahren bei der Regierung zu beantragen oder nicht. — Ihr wißt ja nun selbst, was von dem Wahnsinn alles abhängt.“

Der Schulze kratzte sich verlegen hinterm Ohr und meinte:

„Ja, Herr Graf, wir hier waren bisher alle dafür. Ob aber jetzt noch alle das wünschen, weiß ich nicht. Wir haben bisher immer in Ruhe und Frieden zusammengelebt. Wenn aber der Jürgens seine Drohung ausführen würde, was dann, Herr Landrat?“

„Ei, ei“, lächelte dieser ironisch. „Dah! Ihr euch von einem einzigen Bauern so ins Hochhorn jagen, daß ihr gleich zu Kreuze kriecht?“

„Dah!“ verlegte da der Schulze. „Wir kennen keine Furcht. Es war ja wohl besser gewesen, wenn alles in richtiger Ordnung vor sich gegangen wäre. Aber wenn der Landrat selbst zuratet, dann wollen wir nun bei unserm gefaßten Entschlusse bleiben, und Sie, Herr Graf, könnten dann ja das weitere veranlassen.“

Ein beifälliges Kopfnicken der übrigen bestätigte die Ansicht des Schulzes.

„Dann also“, fuhr der Landrat fort, indem er aus seinen mitgebrachten Papieren ein größeres Schreiben entfaltete, „können wir das ja gleich jetzt anmachen. Ich habe bereits für alle Fälle ein dementsprechendes Schriftstück aufgesetzt und ihr habt nur noch nötig, euren Namen darunter zu setzen.“ Dabei reichte er das Schreiben dem Schulzen, der es

flüchtig durchlas und dann, seinen Namen darunter legend, weitergab. Bald hatte der Landrat dasselbe, mit allen Unterschriften der Anwesenden versehen, wieder in seinen Händen, um es schamlos in seine Aktentasche zu stecken.

Nachdem so die Sache zur Zufriedenheit des Grafen erledigt war, gab derselbe noch jenen der Wittglieber freundschaftlich zum Abschied die Hand und bald darauf rollte die Equipage des Landrats aus dem Dorfe hinaus.

Wie im Fluge entschwand an diesem letzten Arbeitstage dem jungen Schmied Adler die Zeit. Er wollte noch am Donnerstagsvormittag in die Kreisstadt, um verschiedene kleine Einkäufe zu besorgen. Am Abend wollte er dann von seinem Lieb Abschied nehmen, denn am Freitagmorgen kam schon sehr früh der bestellte Reitknecht, welcher alle die jungen angehenden Rekruten aus den umliegenden Ortschaften nach der Kreisstadt brachte, von wo aus sie dann per Bahn nach den verschiedenen Garnisonen abrückten.

So wie heute hatte er lange nicht gearbeitet. Der Schmied rann ihm nur so über das ruhige Gesicht. Und als der letzte Schlag getan war, da war es bereits halb acht Uhr geworden. Rasch war das Schurzfell in die Ecke geflogen, dann eine gründliche Säuberung des Gesichts und der Arme und bald darauf eilte er in seinen Feiertagskleidern dem Hofe des Bauern Jürgens in feierhafter Erwartung zu.

Der Hofhund schlug bei seiner Annäherung sofort wieder an. Kurz darauf erschien die Bäuerin in der Tür und ließ den jungen Mann, den sie schon erwartete, mit kurzem Gruß in die Stube eintreten. Sie schob ihm einen Stuhl hin und sich ebenfalls legend, sagte sie ohne Umschweife:

„Ich habe ein kleines Stübli für Eure Werta festgemacht und könnt Ihr also darüber beruhigt sein. Die Werta ist außerdem eine zuverlässige Person und kann Eure Werta nirgends besser aufgeben sein als bei ihr.“

(Fortsetzung folgt.)

alles Wohlwollen, denn sie ist die Vorbedingung dafür, daß die Arbeiter auf allen Gebieten zu ihren Rechten kommen.

Auers Begräbnis.

Den Beidnam des gefallenen Führers deckt frühe Erde. Hunderttausende gaben ihm das Geleit. So war's Begräbnis und Auferstehung zugleich. Der Gedanke an die Macht des Todes schwindet angefaßt dieser ungeheuren Vorstellung von der Unendlichkeit des Lebens.

Man muß drei Stunden weit durch die langgestreckten Straßen der Großstadt gewandert sein, um ein Bild ihrer lebendigen Größe zu gewinnen. Man muß es sich vergegenwärtigen, was es heißt, wenn sich stundenlang den endlosen Weg weit die dunkle Herde der Massen bewegt, ein Reigenzug, der von Mittag bis Abend dauert, wenn meilenweit zu beiden Seiten dieses Zuges die dicht gedrängten Menschenmassen stehen, aus Fenstern, von Balkonen, von Dächern, von Gerüsten der Neubauten herab unzählige Augen auf das außerordentliche Schauspiel herabblinden — um eine Vorstellung zu erhalten, wie eine Weltstadt der Arbeit ihren Führer begräbt.

Und doch ist gedankenloser Schaulust wenig geboten. Durch bunte, bunte Almedien vermag dieses Bild nicht zu fesseln. Wenige florante Fahnen. Dann freilich hunderte von Kranzträgern und der Leichenwagen selbst, überdeckt von ausserlesenen Blumenbinden. Aber in wenigen Minuten gleiten sie vorüber, und was bleibt, stundenlang sich wiederholend, ist einformige Schlichtheit. Nicht weiße Tafeln mit schwarzen Aufschriften — die sechs Berliner und die zwei Vorortwohlfreie, hinter ihnen, immer und immer wieder sich erneuernd, die schwarzen Massen, Männer zumeist, wenige Frauen unter ihnen; denn dieser Marsch zum Grabe bedeutet eine Anstrengung, der nur kräftige Körper gewachsen sind. Der Weg zum Aufstellungsort der Organisation, das stundenlange Stehen und Warten, dann dieser endlose Marsch — schließlich die Heimkehr, das füllt einen Tag vom Morgen bis zur sinkenden Nacht. Und daraus, nicht aus der dürftigen Betrachtung der Schaulust, erklärt es sich, daß — obgleich Hunderttausende im Zuge gingen — abermals Hunderttausende, unter denen die Frauen weitaus überwiegen, in die ständige Schar der Würgersteige füllten, und ihren Platz erst verlassen, als die letzten Glieder des Trauerzuges ihren Blicken entschwunden waren.

Nur jene, die mitdachten und mitfühlen, vermochte die schlichte Größe dieses Bildes fesseln und bis zur Erschütterung ergreifen. Dort der eine tote Mann im Sarge, der einst als wandernder Sattlergehilfe nach dieser Stadt gekommen, der Zeit seines Lebens ein einfacher Sohn des Volkes geblieben, der sich in Jahrzehnten treuer Arbeit weder Reichtum, noch Würden und Ehren erlangt, der einer der Vaterlandslosen, der Verfehmten und Gedächten war — hier aber in endlosen Massen überauselend ein Volk der Arbeit, das seinen Toten ehrt, wie noch kein König geehrt worden ist!

Die Scharfart der Behörden hatte nur Trauermusik und kurze Gebetsworte gestattet. Aber auf den stummen Lippen der Hunderttausende schwebte nicht bloß ein Lied vom Tode und vom Abschied, sondern auch ein heiliges Gelöbniß an das Leben, an den Frühling, an die Menschheit. Das Gelöbniß, das in Ignaz Auers lebte, lebt und schafft weiter in den Unablässigen, die dem Körper das letzte Geleit gaben, es jammert die Kampfgewissen zu untrennbarer Gemeinschaft zusammen, drängt zum Siege und zum Wohlbringen. Eine herrliche Kraft ist erloschen, aber auch wir Lebendigen bleiben in enger Zusammenfassung stark. So schien die letzte Fahrt eines seltenen vortrefflichen Mannes, obgleich ein Trauer, nicht ohne Tröstung; denn es war, daß die Sarg verankert, als spräche eine wohlbekannte Stimme noch aus der Tiefe: *Herr sei die Masse! Werdet Macht!*

Badische Politik.

Ueber eine latente badische Ministerkrise orakeln in einem Leitartikel der Leipziger Neuesten Nachrichten, deren Leitartikel der bekannte halb-offizielle Schmoder in an ist. Der Artikel ist kennzeichnend für die Stimmung, die in gewissen Kreisen herrscht. Wenn nicht alle Angelegenheiten, ist er in Berlin inspiriert worden. Es heißt da zunächst, daß der Ausfall der Reichstagswahlen die Stellung des Ministeriums v. Dutsch-Schenkel bei der Kronenark erleichtert habe. Sodann wird auf das Stichwahlabkommen bei den letzten Landtagswahlen abgehoben, das jenseits des Rheines, vor allem aber bei der Reichsregierung (merkst du was? Red. d. Volkst.) fützig gemacht habe. In dem badischen Beispiel habe man in Berlin eine immo-nente Gefahr erblickt. Um diese Gefahr nicht größer werden zu lassen und ihr vor allen Dingen

Softbeater.

Carmen von G. Bizet.
L. Der letzte Sonntag brachte eine Wiederholung der vor 2 Monaten gegebenen Oper Carmen. Die Wiederholung war eine gute, wenn auch nicht einwandfreie. Der Vortrag dirigierte mit viel Lebhaftigkeit und hielt sich mit dem Orchester auf der Höhe. Die auffallende Verwendung der Einzelnen im 4. Akt beim Marsch kann man als berechtigtes Lob anerkennen. Bei der Anbahnung der Vielerde beobachtet man ein laiches Streben nach künstlerischer Ausgestaltung derselben. Doch bleibt das Rollen hinter dem Vermögen zurück. Fräulein Eshofers Veranlagung und Begabung weist sie auf ein anderes Gebiet. Eine Carmen ohne eigenes Temperament, ohne den gewissen persönlichen familiären Reiz, verfehlt die ganze Grundstimmung. Berechtigt bekannt sind von früher her die Darstellungen des Herrn Busard (Rod), Härtner (Escamillo), bei welsch letzterem nur immer wieder das schreikliche Fortziehen und Drücken der Zähne hört, Kellner (Juncho), Rosa (Morales), ferner in kleineren Rollen die beiden Schmutzler der ersten Bodenmüller und Erl. Als liebliches Nicola erfreute Fräulein Wärmersberger in Gesang und Spiel gleichermäßen und auch die Damen Ferris und Meyer fügten sich dem Rahmen des ganzen mit Eiferbeit ein. Die Schöne bewährten sich mit Ausnahme kleiner Unebenheiten. Mögen noch die Darstellungen des Fräulein Kling und des Herrn Allegri, sowie des Balletchors, die im 4. Akt das farbenfrohe Bild durchaus wirkungsvoll unterstützten, die verdiente Würdigung finden. Nicht traurig berührt es einen, wenn man in einem ersten Drama immer noch das sinnlose Triloga-geschichte im 2. Akt mitschauen muß. Die Damen und Tänzerinnen solcher Schmelzenschönen dürften doch wohl kann anders geteilt werden sein, als wie die übliche Rationaltracht es zeigt. Oder haben etwa Gattspiele des Ballets der „großen Pariser Oper“ dort stattgefunden?

Die Vorstellung war natürlich am Sonntag wieder äußerst stark besucht und von Beifall begleitet.

eine auch über den Rhein hinausgehende Wirkung zu ersparen, habe man den Konflikt mit dem Zentrum herbeigeführt. Dann wird von einem Patieren zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gabelt und eine Rekonstruktion des Ministeriums in gemäßigt konservativer Richtung in Aussicht gestellt. Freiherr v. Bodmann, der schon lange als Ministerkandidat gilt, soll zum Nachfolger des Herrn Schenkel ausersehen sein. Wörtlich heißt es dann:

Mit Herrn Schenkel geht und fällt vielleicht auch der bereits von Gesundheitsminister getretene Ministerpräsident, Justiz- und Kultusminister Freiherr v. Dutsch, es sei denn, daß die Opferung des vorgenannten Westens für genügend erachtet wird, wenn er, wie ein zweiter Marcus Curtius, in voller Rüstung und meinetwegen auch noch hoch zu Ross in den klaffenden Spalt hinabspringt, so sich auf dem Forum aufgetan hat, um die Gottheit zu beschützen Herr Dr. Reinhard, Domänendirektor und Minister ohne Portfeuille, der aus dem sonst ganz protestantisch getretenen Ministerium Brauer noch überige katholische Korreferent des Ministeriums, der schon lange wirtlich krankte, wird dann seinen aufkommen Söhnen erlassenen Ministerposten ebenfalls verlassen, und Freiherr v. Marschall, der kon-servativ, orthodoxe Minister für Außer-reich und der Eisenbahnen, ist dann, nach kaum zweijähriger Amtstätigkeit, das dienstfällige Mitglied des Staatsministeriums und reiß zum Ministerpräsidenten. Dem „Salonfähig“, wie er allgemein genannt wird, hatte das niemand zugestanden, und er selbst sich wohl auch nicht. Was das Justiz- und Kultusministerium frei, dann fände als Präsident aus der Ministerialdirektion und Kultusbeizern Geheimrat Häußel in Betracht, der Staatsanwalt gewesen ist, wie Freiherr v. Marschall, diesen aber an geistigen Fähigkeiten um einige Dauspeltungen übertrag. Falls Freiherr v. Dutsch aus dem Dienste scheidet, was bei seinen 56 Jahren inoffen keineswegs nötig wäre, dann käme auch Graf Verckheim, der badische Gesandte in Berlin, ein Hofdiplomant und früherer Generalstabler, als Minister des Auswärtigen und Verkehrsminister in Betracht, und Herr v. Marschall würde zur mehrmaligen Freude aller Staats- und Zivilisten auf das Ministerium der großherzoglich badischen Gerechtigkeit hinüber-häufigen. Das Finanzportfeuille ist erst vor kurzem dem früheren Badischen und Straßensabworbord, Geheimrat von Sönnel, anvertraut worden, so daß hier eine Veränderung kaum zu erwarten wäre.

Wie geht es weiter? Die Krise ist gar zu kompliziert zu machen, bei der Dutsch-Schenkel, während die lange Erregung, Freiherr v. Dutsch, sich wieder erholt. Der Großherzog liebt es ohnehin nicht gerade, das zu tun, was über seine Absichten zuvor in die Zeitungen gekommen ist.

Was hier über Herrn v. Marschall geschrieben wird, klingt ebenwomöglich als respektvoll. Doch dieser Herr überhaupt zum Minister avancieren konnte, ist ohnehin ein halbes Wunder, daß er Ministerpräsident und gar Nachfolger v. Dutschs im Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts werden sollte, halten wir für direkt unmöglich. Der schwedische Kanzler hat zwar einmal zu seinem Sohne gesagt: „Mein Sohn, du weisst gar nicht, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird.“

Es muß demnach schon damals Minister von den Qualitäten eines Herrn v. Marschall gegeben haben. Aber schließlich leben wir heute doch in einer anderen Zeit, als der schwedische Kanzler Oxenstierna und als Ministerpräsidenten kann man doch nicht jeden „selbstliebigen“ Minister gemacht hat. Wenn es in dem Artikel der Leipziger Neuesten Nachrichten heißt, die Ernennung v. Marschalls zum Nachfolger des Herrn v. Dutsch würde eine „un-ermehliche Freude“ bei allen Staats- und Zivilisten hervorrufen, so ist damit wahrlich genug gesagt. Besser wäre es, Herr v. Marschall wäre Zeremonienmeister geworden, dazu hat er zweifellos hervorragende und genügende Talente.

Im übrigen läßt der Artikel der Leipziger national-liberalen Blattes „tief genug blicken“. Man rechnet nicht nur mit einer gemäßigt konservativen Regierung, sondern auch mit einer konservativ-liberalen Mehrheit bei den nächsten Landtagswahlen. Die Nationalliberalen haben sich Mühe genug gegeben, allen dahin zielenden Bestrebungen Vorkauf zu leisten. Wir haben oft genug gewarnt, leider vergebens. So kommts, wie es anders nicht mehr kommen konnte.

Auch eine Folge der Tarifreform.
Die Tarifreform hat die Aushebung einer Reihe von Ausnahmetarifen zur Folge und darunter befindet sich auch die Fahrpreiserhöhung für Arbeiter. Das ist sehr zu bedauern. Es darf zugegeben werden, daß bei einem Tarifsatz von 2 Pf. pro Kilometer die Fahrpreiserhöhung zum alten Satze an Bedeutung verliert, allein auf größeren Strecken würde die Differenz immer noch für Arbeitstunde günstig wirken, umso mehr, wenn der Satz noch etwas weiter ermäßigt würde.

Cheater, Kunst und Wissenschaft.

Großes Hoftheater. In der Oper ist für Freitag, 19. April, die erste Wiederholung des Musikdramas Der König von Sandomir von Alfred Lorenz angelegt. Die Eröffnung der Feuerzeit von Richard Strauß und des Ballets Wiener Walzer ist für Mai in Aussicht genommen.

Im Schauspiel wird Goethes Faust Ende dieses Monats im Abonnement C. wiederholt werden. Samstag, 20. April wird Schopenhauers Heinrich IV. (zweiter Teil), neu einstudiert, in Szene gehen. Entzückend der Lieblichkeit, welche im vorigen Herbst über die für diese Spielzeit geplanten Kostüme gegeben wurde, wird an der Vorbereitung von Hebeles Verlobung und Mariame gearbeitet; die Eröffnung ist für Samstag, 4. Mai, geplant. Der König von Sandomir wird auch die Premiere des Lustspiels Quarenzeller und vorausichtlich die Aufführung eines einaktigen Dramas Casar von Dr. Rang bringen.

Des Salomonsondonschen Richard Strauß' nächstes Werk wird sich Elektra betiteln. Ein Musikdrama liegt die einaktige Tragödie von Hugo von Hofmannsthal: Elektra zugrunde, deren Text der Komponist, ähnlich wie das librische Drama Salome, fast unendlich wieder verwendet. Die Veronung soll bereits ziemlich vorgeschritten und das erste Drittel der Partitur fertig sein.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.
(Alle hier angeführten Bücher und Zeitschriften sind durch die Buchhandlung des Volksfreies zu beziehen. Es wird alles prompt ins Haus geliefert; nach auswärts das Porto beizulegen nicht vergessen.)

Neue Zeit (28. Heft): Ignaz Auer. — Studien über sozialistische Weltanschauung. Ueber Leben, Schönheit und Kunst. Von Henriette Roland-Dollé (Schluß). — Neue Beiträge zur Biographie von Karl Marx und Friedrich Engels. Von Franz Mehring. (Fortsetzung.) — Hausindustrie und Heimarbeit in Baden. Von E. Weismann (Karlsruhe).

In einem Gutachten an den Verband badischer Arbeitstunde hat das städtische Arbeitsamt Freiburg i. Br. obige Gesichtspunkte hervorgehoben und gewünscht, es möge darauf hingewirkt werden, daß die Fahrpreiserhöhung für Arbeitstunde mindestens für weitere Entfernungen erhalten bleibt.

Deutsche Politik.

Das Proportionalwahlrecht in Elsaß-Lothringen.

Die liberal-demokratische Fraktion hat im Bundesauschuß für Elsaß-Lothringen den Antrag gestellt, die Wahlen für den Gemeinderat in Zukunft auf Grund des Proporzsystems zu lassen. Der Antrag wird jedenfalls zusammen mit einem ähnlichen Antrag der liberalen Fraktion beraten werden.

4 Monate Gefängnis für ein Kind.

Wegen schweren Diebstahls verurteilte die Strafkammer in Göttingen einen zwölfjährigen Schulknaben zu vier Monaten Gefängnis. Der Junge war als Ministrant in der katholischen Kirche tätig und als Soldat in fünf verschiedenen Fällen in die Strafkammer eingekerkert, wo er das im Klingelbeutel vorhandene Geld, insgesamt etwa 20 bis 25 M., entwendete.

Ein Kind auf 4 Monate ins Gefängnis! „Nein“ im christlich-deutschen Staate!

Enttäuschte Patrioten.

In einer Anzahl württembergischer Ortsgruppen des Flottenvereins soll es nicht mehr ganz geueher zugehen. Die dem Zentrum nahestehenden Mitglieder rebellieren. So wird z. B. aus Kottweil gemeldet, daß dort von 300 Mitgliedern des Flottenvereins über 150, darunter der Vorsitzende, in Folge der Vorgänge bei den Reichstagswahlen ausgetreten sind. Anscheinend dämmert auch noch an anderen Orten. Den enttäuschten Zentrumspatrioten wäre auch den Arbeitervereinen gegenüber ein gleiches Vorgehen zu empfehlen.

Husland.

Schweiz.
Das Gesetz über das Abstichtverbot wurde bei der Volksabstimmung im Kanton Genévi mit 7895 gegen 7173 Stimmen angenommen. Das Abstichtverbot tritt nicht mehr auf die beiden Kantone Waadt und Genévi.

Oesterreich.

Die Linzer Gemeinderatswahlen endigten mit einem Siege der Sozialdemokraten. Bei den Stichwahlen wurden die vier sozialdemokratischen Kandidaten gewählt.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 18. April 1907.

(29. Sitzung.)

Die Beratung des Etats, Melasamt des Innern, Titel Staatssekretär, wird fortgesetzt.

Abg. Horn-Sachsen (Soz.) befragt es, daß unsere ganze sozialpolitische Gesetzgebung in den letzten Jahren zum Stillstand gekommen sei. Die „niedergerichtete“ Partei werde aber alles tun, um die bürgerlichen Parteien in ihrer Abseitigkeit aufzuhalten und dafür zu sorgen, daß die nötigen sozialpolitischen Gesetze gemacht werden. Nicht die Sozialdemokratie macht die Arbeiter unzufrieden, sondern die bürgerlichen Parteien und die mit ihnen verbündeten Unternehmer, die es an der sozialen Fürsorge für die Arbeiter fehlen lassen. Es wird über den Terrorismus in der Arbeiterchaft geflagt. Viel schlimmer als unter der Arbeiterchaft herrscht bei den Unternehmern der Terrorismus. Sodann bespricht der Redner eingehend die Verhältnisse in den Glashütten und befragt dabei eine Resolution, wonach auf Grund des Paragraphen 120a der Gewerbeordnung eine Verordnung erlassen werden soll, durch welche in den Glashütten geeignete Schutzvorrichtungen an den Glashütten und Feuerlöschern zu treffen sind, die der Starbildung bei den Gläsern und Schmelzern entgegenwirken, sowie durch ausreichende Ventilation für die Arbeiter die Gefahr der Vergiftung durch Gas möglichst verhindern sollen. Ferner soll eine Verordnung erlassen werden, durch welche in der Glasindustrie die Dauer der Arbeitszeit auf acht Stunden des Tages beschränkt und in den Glashütten die Nacharbeit an den Gläsern und Strecken zur Verarbeitung der Glasmassen sowie die Arbeit an Sonn- und Festtagen mit Ausnahme der erforderlichen Arbeiten zur Unterhaltung der Gas- und Glashütten verboten wird. Die erste Schicht an den Glashütten soll nicht vor vier Uhr morgens beginnen und die letzte soll nicht nach 10 Uhr abends beendet sein.

Abg. v. Dirksen (Rp.) bemerkt, an einem ernsthaften Arbeiterschutz für Jugendliche, Frauen und

Kleines feuilleton.

Abgefaßtes Verfahren bei Trauungen. Der Polizeirichter Weller in San Francisco dürfte in bezug auf Gleichmütigkeit und Einfachheit der Eheschließungen wirklich den Vogel abgeschossen haben. Sein Trauungsformular lautet nämlich:

Wißt du sie?
Wißt du ihn?
Hast eure Hände?
Verspricht du, ihn zu geborgen?
Verspricht du, für sie zu sorgen?
Ihr seid nun Mann und Frau!
Ihr seid verheiratet!

Immerhin scheint dieses Formular noch die Möglichkeit weiterer Vereinfachung zu bieten. Die Frage an die Braut, ob sie ihrem zukünftigen „geborgen“ wolle, dürfte sogar direkt wegzulassen und um deswillen zum mindesten überflüssig sein.

Humoristisches.

Der Westweile. Solange eine Frau zwei Männer hat, denen sie gefallen will, ist sie jung.

Gelächter. „Gestern hab' ich an Rosentor's Platz von mein halbspiel'n, und heut mach' er mir alle meine Weiß' nach!“

„Ich schlag' dir mei' Holzbein um an Kopf, doll' net stad' dich!“ — „Dös läßt' sich' bleiben; weilt' sunst' mei' Glas-aug' jäh'lt!“

Ein Seufzer. „Es is' halt' nix in 'n solchen gestillten Stadt. Dös meinst' Madeln' in 'n Verkehren; richt' mer' amal' ohne' es, giel' kam' dös' Odrigheit, und 's' Madl' wird' a' Hiarer'schö'n!“ (Simpl.)

auch männliche Erbwächtere wollten seine Grundbesitz mitwirken. Die Vorwürfe, die die Herren Wassermann, Krimborn und Naumann gegen die verbündeten Regierungen gerichtet hätten, halte er nicht für berechtigt. Uebrigens seien die letzten Jahre keineswegs ganz unfruchtbar gewesen. Was die konservativ-liberale Paarung anlangt, so sei seine Fraktion bereit, diesem Gedanken Rechnung zu tragen und gewisse rückständige Gesetze über Bord zu werfen. So habe sie sich ja auch im Abgeordnetenhaus zu einer Aenderung der Gemeindeordnung bereit erklärt. Sie wünsche eine Sonntagruhe, aber nicht in englischer Stunde. Redner geht dann noch auf die verschiedenen vorliegenden Resolutionen näher ein, um sodann noch lebhaft gegen die Sozialdemokratie zu polemisieren. Der Arbeitstunde müsse geschickt werden. Das Recht auf Arbeit müsse heilig sein. Diese Frage sei eine der wichtigsten, die der Lösung harre.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, er möchte sachlich klar legen, wie der Schutz der Arbeitstunde gestaltet werden könne. Jeder anständige Mensch sollte wünschen, daß jeder, der arbeiten will, auch daran nicht gehindert werde. Ein strafrechtlicher Schutz bestehe ja aber schon. Wenn es aber darauf ankomme, so verlage das Strafrecht, weil im letzten Augenblick die Augen den Mut verlieren und verlagern. Deshalb würden auch neue strafrechtliche Bestimmungen nichts nützen. Sollen solche nur, wenn alle Umständen sich gegen einen solchen Braug, wie er ausgeübt werde, zusammen tun. Jetzt sei ja auch eine Reform des Strafrechts im Werke. Man werde noch zu prüfen haben, ob die Strafbestimmungen vielleicht etwas korrekter, noch etwas strenger gefaßt werden könnten. Jedemfalls aber könne Hilfe nur erfolgen auf dem Wege des allgemeinen Strafrechts, das sich gegen alle richte, nicht durch ein Ausnahmengesetz.

Abg. Rothoff (frei. Rp.) gibt dem Abg. von Dirksen zu bedenken, wie auch doppeltotiert werde von der anderen Seite. Weiter erörtert Redner namentlich die Verhältnisse der Privatbeamten. Aenderung müsse vor allem geschaffen werden in Bezug auf die Konkurrenzklause, wie sie den Privatangestellten, vornehmlich den technischen, in den Einstellungsvorträgen auferlegt werden. Komme ein gutes Vereins- und Versammlungsgesetz zu stande, so würde jedenfalls auch das Berufsvereins-Gesetz überflüssig werden. Hauptfrage sei, daß das Koalitionsrecht in die Freiheit frei gestaltet wird, so daß auch die Unternehmer nicht mehr die von ihnen abhängigen zwingen könnten, aus ihren Organisationen auszutreten.

Abg. Jung (nall.) verbreitet sich über die Frage des unautoren Wettbewerbs und seiner Bekämpfung. Er stimme der Resolution Raab-Neiseberg zu, in welcher die Regierung um eine neue Denkschrift ersucht wird, welche über die mit dem Gesetz gegen den unautoren Wettbewerb gemachten Erfahrungen Auskunft geben soll. Unerlässlich scheint ihm selbst eine strengere Bestrafung des unautoren Wettbewerbs und zwar in schweren Fällen auch mit Freiheitsstrafen. Sodann befragt Redner noch die Resolution seiner Freunde wegen eines Reichsarbeitsamtes, um schließlich noch die Frage der Schiffs-fahrtsgesetze zu berühren.

Abg. v. Osthausen (Welfe) beschwert sich darüber, daß ein Beamter gemagtet worden sei, der bei den Wahlen für ihn eingetreten sei.

Abg. Schiffer (Centr.) plädiert vor seinem Standpunkt als christlicher Gewerkschaftler für ein uneingeschränktes Koalitionsrecht. Die größte Ungerechtigkeit, die in allen Arbeiterkreisen ohne Ausnahme empfunden werde, seien die scharfen Bestrafungen der Arbeiter auf Grund des § 153, während Unternehmer, die den Arbeitern das Koalitionsrecht raubten, straflos blieben. Diese himmelschreiende Ungerechtigkeit müsse endlich aus der Welt geschafft werden.

Abg. Naab (w. Rp.) befragt die Redner als die rückständigste Gesellschaft, die es gebe und widerspricht den Semmelerschen Angaben über die Hamburger Konflikte.

Hierauf wird ein von Singer gestellter Ver- tagungsantrag angenommen.

Es folgen noch persönliche Bemerkungen.

Morgen 1 Uhr Fortsetzung. Schluß nach 8 Uhr.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tücher und Weißbinder Deutschlands.

B. Leipzig, 11. April.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-sitzung.

In der Debatte über die Agitation wurde gegen die Vorlage des Vorstandes, die statt der bisherigen 12 Agitationsbezirke nur 8 Agitationsbezirke schaffen will, ein- gewendet: In Sachsen, Osn. und Westfalen müßten die Verwaltungsbezirke noch bedeutend verkleinert werden. Dort, wie in Rheinland und Westfalen, entfallen nicht nur die Christlichen eine lebhaft Agitation, sondern sie finden dabei auch noch die Unterstützung des Reichsvereins.

Kommehr wurde die Hauptvorstands-vorlage betreffend die Agitation an die Statutenkommission über- wiesen. Zu der Agitation in den Filialen befragte Redner, von nun an die Gewähr aller Beamten, auch die Filialbeamten, aus der Hauptliste zu zahlen. Ferner sollen Filialen, deren Jahresrechnung den durchschnittlichen Stand von 500 Mitgliedern ergeben, die Anstellung eines Beamten beim Vorstande beantragen können, dagegen sollen Filialen mit weniger als 500 Mitgliedern nur mit Zustimmung des Vorstandes und Ausschusses die Anstellung des Beamten vornehmen. Filialen mit 1000 Mitgliedern können einen zweiten, mit 850 Mitgliedern einen dritten Beamten anstellen. Als Anfangsgehalt für diese Beamten wären 1800 M. festzusetzen, das die beiden folgenden Jahre um 100 M., jedes weitere Jahr um je 50 M. bis zum Höchstgehalt von 2200 M. selge. Beamten in Filialen mit über 1000 Mitgliedern sollen aber ein Anfangsgehalt von 2000 M., in den folgenden zwei Jahren um je 100 M., in den weiteren Jahren um je 50 M., bis auf 3000 M. steigen, erhalten. Diese Gehaltskala soll eventuell mit dem 1. Januar, der auf die Anstellung folgt, in Kraft treten.

Die Diskussionen stimmten dem neuen Anstel- lungsvorschlag zwar zu, wenden sich aber zum großen Teil dagegen, daß man verschiedene Klassen von Beamten geschaffen habe. Große Anfangs- und Höchstgehälter er- löschten dem Prinzip der Gerechtigkeit. Unter 2000 M. dürfte bei den heutigen teuren Lebensverhältnissen das Anfangsgehalt nicht betragen. Allgemein wurde die Vorstands-vorlage deshalb begrüßt, weil die Filialen dar- durch mehr Mittel für eine intensiver Agitation käuflich bekommen. Keiner weist darauf hin, daß man die Be- amten doch auch nach der Qualität bezahlen müsse. Zum Vergleich: z. B. können wir doch nur Kollegen nehmen, die besondere Erfahrungen und Fähigkeiten hätten und dementsprechend dann auch bezahlt werden müßten. Hätte der Verband aber niedrige Gehälter, dann hätten es nicht ausbleiben, daß die tüchtigsten Kollegen verloren gehen und sich andre und besser bezahlte Posten auße- rhalb der Organisation wählen. Auch das ginge nicht an, die Beamten zu der ungleichen Bezahlung anzustellen, das sie alle zwei Jahre sich einer Neuwahl unterziehen müßten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

Bureau: Markgrafenstr. 26 I. Telefon 2098. Geöffnet von vormittags 9 bis mittags 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr. Dienstag und Freitag bis abends 8 Uhr. Samstags mittags von 2 Uhr ab und Sonntag geschlossen. 1544

Mittwoch, den 17. April, abends punkt 6 Uhr, finden 4 große öffentliche

Metallarbeiter-Versammlungen

Die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Versammlungen finden statt in:
Durlach im Grünen Hof,
Oststadt im Burghof,
Südweststadt im Prinz Heinrich,
Mühlburg in den Drei Linden.

Zahlreiche Besuch obiger Versammlungen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Apollo-Theater

Dienstag den 16. April 1551

Grosse Gala-Vorstellung
 mit vollständigem Riesen-Ausstellungsprogramm.

Direktion: **Colosseum.** Telefon: 1938.
 J. Raimond. 1938.
 Spielplan für das Schlussprogramm dieser Saison.
 Vom 16. bis 30. April 1907.

Trudi Schadow, Sourette, The two Revells, kom. Sacher Reck-Akt. **Harry u. Weston,** Scene omnia militare. **Gottlieb Reock,** Humorist. **Bavaria Quartett,** humorist. Herren-Gesangs-Quartett. **The Taidas,** acrob. Excentric. **American Bioscop,** lebende Photographie. **Louis Bouwcester,** Violin-Virtuose. 1547

Kasse-Eröffnung 7 Uhr.
 Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Erklärung.

Das in der Stadt kursierende verläumdliche Gerücht über ein Verbrechen im Gasthaus zum 'Hirsch', an dem Bürgermeister Häfner beteiligt sein soll, erklären wir als unrichtig.
 Wir erklären demjenigen, der uns den Verbreiter des falschen Gerüchtes benennt, dass wir bereit sind, das Gerücht gerichtlich belangt werden kann, eine Belohnung von 100 Mk. zu zahlen.
 Göttingen den 14. April 1907.

Häfner, Bürgermeister,
 Kühner, zum Hirsch.

GROSSE Modenwelt
 Tonangebend!
 Unerreicht!
 Rosen-Schnittbogen.
 Abonnem. bei allen Postanstalt. u. Buchhandl.
 Farbenprächtige Colorits.
 Gratis-Probenmuster bei
 Joha. Bovy Schwarz, Berlin W.
Achten Sie genau auf Titel!

Geschäfts-Übernahme u. Empfehlung.

Dem Hrn. Publikum von Grünwinkel und Umgebung zur Kenntnis, dass ich das

Friseur-Geschäft

von Herrn Schacht erworben habe und in gleicher Weise weiter betreiben. Ich bitte, das meinem Vorgänger geschenkte Vertrauen auf mich übertragen zu wollen unter Zusage guter Bedienung.
 Hochachtungsvoll
J. Frank, Friseur.

Deutschland-Fahrräder

sind preiswerte Qualitätsmaschinen durch verbesserten Halbbau und leichtesten Lauf allen überlegen!

Anerkannt leistungsfähigste Bezugsquelle für Fahrradzubehörteile, Nähmaschinen, Waffen, Uhren, Sport-Apparate, etc. Preisliste kostenfrei.
August Stukenbrok, Einbeck.
 Alleinstes u. grösstes Spezialhaus für Fahrräder u. Pneumatics.

Monatsraten von 2 M.

Musikwerke selbstspielende, sowie Drehinstrumente mit Metall-gehäuse.
Zithern aller Arten, Saiteninstrumente, Violinen nach allen Meister-Mod. Mandolinen, Gitarren, Harmonikas.
Grammophone garantiert echt, mit Hartgummi-Platten, Phonographen.
Bial & Freund in Breslau II.

Auf zur Gastwirts-Jubiläums-Ausstellung.

Eintritt 50 Pfg., Militär und Kinder die Hälfte, Duzend-Billets zu Mk. 5.00, sind im Zigarrengeschäft von Herrn Ernst Schulz, Karl-Friedrichstr. 20 und an der Kasse zu haben.

Im Hauptrestaurant täglich Konzert.

Der 15000ste erwachsene Besucher erhält eine

goldene Remontoir-Taschenuhr gratis.

Die Uhr ist bei Herrn Uhrmacher Carl Jock, Kaiserstr. 141 im Schaufenster ausgestellt.

Diese Woche gewähre auf garnierte

Damen- und Mädchen-Hüte 10% Rabatt

oder doppelte Rabatt-Sparmarken.

S. Rosenbusch

137 Kaiserstrasse 137.

Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund

Telephon 128 Seck & Cie, Karlsruhe Luisenstrasse 24

Briefköpfe
 Rechnungen
 Prospekte
 Mitteilungen
 Kuverts
 Mitglieds- und Eintrittskarten
 etc. etc.

Herstellung von Drucksachen jeder Art
 In sauberer, moderner und preiswerter Ausführung.

Visitkarten
 Verlobungs-karten
 Hochzeitseinladungen
 Trauerbriefe
 Werke
 etc. etc.

Prompte Bedienung. Billigste Preise.

Ziehung 4.-7. Mai:

Geldlotterie zum Besten des Blindenheims Weimar.

3333 Gewinne zusammen Mk. 45.000.— 1. Hauptgewinn, 20.000.— Bar ohne Abzug! 5.000.— usw.

Dann **Mannheimer Marktlotterie**, Ziehung 8. Mai, 2000 Gewinne zusammen M. 50.000.— W. Tergowinne mit 80 resp. 75% Silberpreise voll zahlbar. Lose à 1.—, 11 Stück 10.— Mk. vers. 1800

Carl Götz,

Bankgeschäft, Karlsruhe. J. Antweiler, E. Dahlmann, C. Graf, J. Jung, L. Michel, K. Morlock, P. Roth, G. Schneider, H. Vogel, E. Wegmann, Chr. Wieder und Filialen, C. Zachmann.

Krankenhaus-Neubau

Für den Neubau des städtischen Krankenhauses soll die Herstellung der

Polstermöbel und Zugvorhänge

vergeben werden. Zeichnungen, Musterstücke und Bedingungen sind beim Hrn. Städt. Hochbauamt, Rathaus II, Obergesch., Zimmer Nr. 118, zu den üblichen Geschäftsstunden einzusehen.

Schluss der Ausschreibung: **Samstag, den 27. April 1907, vormittags 11 Uhr.** Karlsruhe, den 15. April 1907. Städt. Hochbauamt.

Lieferung von Guss-eisernen Kanalisationsbeständen.

Die Lieferung von ca. 5800 kg gusseisernen Kanalisationsbeständen soll vergeben werden. 1528

Schriftliche Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis **Freitag, den 26. April 1907, vormittags 10 Uhr**

beim Tiefbauamt einzureichen, wofür die Bedingungen u. Zeichnungen zur Einsicht auflegen und Angebotsformulare abgegeben werden. Karlsruhe den 13. April 1907. Städtisches Tiefbauamt.

Arbeitsvergebung.

Für Umbau im Hause Karl-Friedrichstr. 8 sollen die Maurerarbeiten im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Zeichnungen und Angebotsformulare können bei der unterzeichneten Stelle, Rathaus, 2. Obergesch., Zimmer 102, eingesehen und abgeholt werden. 1477

Schluss der Ausschreibung: **Freitag, den 26. April, nachmittags 5 Uhr, einzureichen.** Karlsruhe den 13. April 1907. Städt. Hochbauamt. 1530

Arbeitsvergebung.

Für den Schulhausneubau im Stadtteil Mühlburg sollen die Zimmerarbeiten öffentlich vergeben werden.

Die Zeichnungen und Bedingungen sind bei der unterzeichneten Stelle, Rathaus, 2. Obergesch., Zimmer 116, einzusehen. Schluss der Ausschreibung: **Freitag, den 26. April, nachmittags 5 Uhr.** Städt. Hochbauamt. 1529

Lieferung v. Straßenschildern.

Die Lieferung von 70 Stück Straßenschildern soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden. 1477

Angebote sind unter Verwendung der besonderen Vorbrude verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis **Freitag, den 19. April d. J., vormittags 10 Uhr,**

bei uns einzureichen. Die Bedingungen liegen während der üblichen Dienststunden auf unserm Geschäftszimmer Nr. 130 zur Einsicht auf. Der Käufer muss die Angebotsvorbrude erheben werden. Bedingungen werden nicht abgegeben. Karlsruhe den 9. April 1907. Städt. Tiefbauamt.

Vergebung von Aufreißerarbeiten.

Der Neuanstrich von 6 öffentlichen Bedürfnisanstalten soll vergeben werden. 1474

Schriftliche Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis **Freitag, den 19. April 1907, vormittags 10 Uhr,**

beim Tiefbauamt einzureichen, wofür die Bedingungen u. Zeichnungen zur Einsicht auflegen und Angebotsformulare abgegeben werden. Karlsruhe den 13. April 1907. Städt. Tiefbauamt.

Bekanntmachung.

Im Hundesporweg des Hrn. Wägenmeisters, Schlachthausstr. 17, (zwischen Kaserne und Eisenbahn) befinden sich nachstehende herrenlose Hunde:

1. ein gelber Schnauzer (männl.)
2. zwei weiße Foxterrier
3. ein brauner kleiner Dachshund (männlich)
4. ein schwarzer Fudel (männl.)
5. ein roter junger Schnauzer (weiblich)

Dieselben werden, falls sie nicht innerhalb 8 Tagen abgeholt sind, getötet bezw. veräußert. Karlsruhe den 13. April 1907. Städt. Schlacht- u. Viehhofdirektion. 1558

Sämtliche Gemüße- u. Blumenameriken

Deutscher Kottler Provencer Zwiebeler Weipfleer Schwedischer Klee

Geschmachten Wirsungen zu Wiesenanlagen u. Gartenrasen Anfrühmaschinen etc.

liefert zu billigsten Preisen in nur bester Qualität 1549

Carl Weiss Nachf.

Samenhandlung Karlsruhe, Jähringerstr. 96.

Wasche mit LUHNS wäscht am besten

Mehrere Fahrräder sind billig zu verkaufen ebenso eine bereits neue Nähmaschine. 1223

Markgrafenstr. 22, Erd.

Zu vermieten eine Wohnung v. 1 Zimmer u. Küche im 1. Stock oder 2 Zimmer im Hinterhaus an kleine Familie auf sofort oder 1. Mai. Näheres Schwanenstr. 7, 2. Et.

An- und Verkauf fortwährend getragene Herren-Damenkleider, Schuhe u. etc. aber nur gute Sachen. Frau Bertha Strecken Brunnenstr. 15, Eing. Durlach

Nur echte **Henkel's Bleich Soda** garantiert chlorfrei gibt u. hält blendende weisse Wäsche

Bügeln können Mädchen entgeltlich u. gratis erlernen. Wasch- und Bügelgeschäfte Durlacher-Allee 45.

Arbeiter-Gesund Einige jüngere Mädchen für die Magasinarbeiten werden sofort gesucht. **Adolf Speck,** Humboldtstr. 27.

Mädchen finden dauernde Beschäftigung bei **A. Braun & Co.** Werdungen Leisingstr. 70.

Durlach. Wohnungsveränderung Empfehlung. Wohne jetzt Wilhelmstr. 5. Empfehle mich den geehrten Damen von hier u. auswärts im Waschen u. Stricken. **Frau Lacher.**

Arbeiterfrauen besorgt Euch bei Einkäufen stets auf den „Volksfreund“

Kleine Anzeigen.

1mal im Monat f. Abonn. 3 Bz. gratis, jede weitere Zeile 10 Bz.

Möbl. Zimmer sofort an selbst. Arbeiter u. Dienstmädchen. **Fr. Weinländer, Rosstr. 3.**

Segefeldstr. 1, 8. Et. No. ein anständiger Arbeiter sofort oder später Beschäftigung.

Werdenerstr. 10, 2. Et. No. ein möbl. Zimmer zu vermieten.

Werdenerstr. 2, 1. Et. r. möbl. Zimmer an 2. f. Arb. u. Dienstm.

Werdenerstr. 9, 2. Et. No. ein möbl. Zimmer auf sofort zu vermieten.

Werdenerstr. 9, 2. Et. No. ein möbl. Zimmer auf sofort zu vermieten.

Kochkind gegen monatl. Vergütung wird in gute Pflege genommen. Ebenfalls ist ein Zimmer mit 2 Betten an organ. Arbeiter u. auch 2 Mädchen zu vermieten. 1548

Parquettboden werden geschnitten. Nr. 1553 an die Exped. d. Bl.

Schranndok ist billig zu verkaufen. Ebenfalls ist eine Frau Näharbeit jeder Art. **Werdenerstr. 66, 1. Et. No.**

Kinderstühle zum Umklappen, gut erhalten. **Werdenerstr. 9, 2. Et. No.**

Kuhhüter Herd 8 Rind. mit ein. Freilager-Deck mit Trockenstreu. Fleische u. Wollfinglinge bill. zu verkaufen. **Leisingstr. 45, 1. Et.**

Reckhähne 108x82 Ctm. ist billig zu verkaufen. **Schwanenstr. 7, 2. Et.**

Roileaux für Schaufenster, weisse Kellnerinnen u. Schürzen, etc. **Schwanenstr. 7.**

Gleidermacherin nimmt noch Aufträge an. **Rundschloß 33, 2. Et.**